



einblick



Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag



Harald Leibrecht (47)
Geschäftsführer

Landesgruppenvorsitzender
Auswärtiger Ausschuss

Fon: +49 (0) 30 22 77 51 33
Fax: +49 (0) 30 22 77 63 82
harald.leibrecht@bundestag.de

Seit 2007 soll mit Hilfe des **Bundeselterngeldes** jungen Eltern eine Hilfe gegeben werden, um gerade in den ersten Monaten nach der Geburt ihres Kindes genügend Zeit zu haben ins Familienleben zu finden. Dieses staatliche Geld ist eine sehr lobenswerte Initiative. **Allerdings werden solche Anstrengungen durch die immensen und scheinbar unaufhaltsam steigenden Steuerbelastungen in Deutschland zunichte gemacht.** Die Abgaben, die die Bürgerinnen und Bürger inzwischen zu schultern haben, schränken sie im alltäglichen Leben immer mehr ein. Das **Steuerkonzept der FDP** soll auch in diesem Bereich eine Hilfe sein. Denn durch die **Einführung eines Grundfreibetrages von 8.004€ für Erwachsene und Kinder** werden viele Familien keine Einkommenssteuer mehr zu entrichten haben. Wir wollen ein Steuerkonzept vorlegen, das gerade den Familien zu Gute kommt, denn die familienbedingten finanziellen Lasten werden im geltenden Steuerrecht nicht ausreichend berücksichtigt. Für diejenigen **Familien**, die wegen eines **geringeren Einkommens** den Steuerfreibetrag nicht ausnutzen können, **soll das Kindergeld auf 200€ pro Monat angehoben werden.** Die Entlastung von jungen Familien ist für unsere Gesellschaft unabdingbar. Kinder sind unsere Zukunft und es ist das Ziel einer liberalen Familienpolitik, dass familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft geschaffen werden. Deutschland stehen weiterhin schwere Zeiten bevor. Es ist unsere liberale Überzeugung, dass diese nicht allein mit staatlichen Hilfeleistungen, die in exorbitant hohen Steuern enden werden, zu überstehen sind. Nur wenn es uns gelingt **tiefgreifende Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger** durchzusetzen, wird dies ein langfristig stabiler Pfad aus den wirtschaftlichen Krisenzeiten sein. **Wir kämpfen dafür, dass die FDP diesen Weg nach dem 27. September begehen kann.**

www.harald-leibrecht.de



Sibylle Laurischk (54)
Rechtsanwältin

Stv. Landesgruppenvorsitzende
Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Fon: +49 (0) 30 22 77 20 61
Fax: +49 (0) 30 22 77 60 62
sibylle.laurischk@bundestag.de

Der demographische Wandel gibt meinen politischen Schwerpunkten besondere Bedeutung. In der Integrations- wie in der Seniorenpolitik müssen wir Potentiale aller Bürger fördern und der Gesellschaft erschließen. Für die **Integrationspolitik** heißt das, Zuwanderung als Potential zu begrüßen und **Bildungsabschlüsse** möglichst anzuerkennen, damit vorhandene Fachkenntnis nicht brach liegt und die Leute Arbeit finden können. Die **Sprachfähigkeit** gerade der Mütter als Bildungsmultiplikatorinnen ist zu fördern. Es reicht nicht, Minimalkenntnisse der deutschen Sprache von nachziehenden Ehefrauen im Ausland zu prüfen und sie dann in Deutschland allein zu lassen. Die **Optionspflicht** für hier geborene Kinder ausländischer Eltern hinsichtlich ihrer Staatsbürgerschaft hat sich überholt. Wer hier aufgewachsen ist, sollte auch in Deutschland sich heimisch fühlen.

Seniorinnen und Senioren haben nicht nur durch ihre wachsende Zahl, sondern auch durch ihr gestiegenes Selbstbewusstsein und ihre Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ein ganz neues Gewicht bekommen. Dies muss mit einer weitestgehenden Aufhebung von rechtlichen **Altersgrenzen**, einem **flexiblen Renteneintritt** und Verbesserungen bei den Bedingungen für das Ehrenamt gewürdigt werden.

Kommunal und überregional bleibt das 3. + 4. Gleis ein brennendes Thema. Die Forderung für Baden 21 als Pendant zu Stuttgart 21 ist naheliegend und richtig. Es geht um eine europäische Bahnstrecke, hier dürfen Bund und Land die Menschen nicht allein lassen.

www.laurischk.de



Ernst Burgbacher (60)
Oberstudienrat a.D.

Parlamentarischer Geschäftsführer,
Tourismus- und
Wirtschaftsausschuss, Stv.
Vorsitzender der
Föderalismuskommission

Fon: +49 (0) 30 22 77 78 89
Fax: +49 (0) 30 22 77 61 67
ernst.burgbacher@bundestag.de

In den letzten Wochen haben widersprüchliche Äußerungen in der **unionsinternen Steuerdebatte** für Verwirrung gesorgt. Günther Oettinger irritierte mit dem Vorschlag, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf 9,5 % zu erhöhen und unter anderem auf das Gastgewerbe in Deutschland auszuweiten, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Die **FDP** fordert seit langem die **Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 7% für die deutsche Hotellerie und Gastronomie**. Es ist absurd, dass der Bundesfinanzminister zuerst auf EU-Ebene der Möglichkeit zur Senkung der Mehrwertsteuersätze für Hotels und Gastronomie zustimmt, aber anschließend in Deutschland davon keinen Gebrauch machen will. 22 EU-Mitgliedstaaten haben einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für ihre Hotellerie und 10 EU-Mitgliedstaaten für ihre Gastronomie. Unsere Forderung nach **7 % statt 19 % Mehrwertsteuer** für Hotels und Gaststätten wurde leider im Deutschen Bundestag **weder** von der **Union** noch von der **SPD** **unterstützt**.

Die **FDP** hat auf ihrem 60. Bundesparteitag in Hannover die Forderung nach der Einführung des **reduzierten Mehrwertsteuersatzes** für Hotels und Gaststätten in ihr **Bundestagswahlprogramm** aufgenommen. Nur die FDP will Steuern und Abgaben senken und die Menschen entlasten. Für Steuererhöhungen stehen wir nicht zur Verfügung.

www.ernst-burgbacher.de



Michael Georg Link (46)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Übersetzer
Ausschuss für Angelegenheiten der
Europäischen Union
Haushaltsausschuss
(Unterausschuss EU-Haushalt)

Fon: +49 (0) 30 22 77 39 63
Fax: +49 (0) 30 22 77 61 27
michael.link@bundestag.de

Das **Bundesverfassungsgericht** hat mit seinem jetzt schon historisch zu nennenden **Urteil zum Lissabon-Vertrag** der Demokratie den Rücken gestärkt. Es hat festgestellt, dass der Vertrag **grundgesetzkonform** ist, solange sicher gestellt ist, dass der Bundestag als die zentrale Vertretung des deutschen Volkes bei allen Fragen der Europäischen Integration **aktiv beteiligt** ist. Die FDP begrüßt diese Klarstellung, die im übrigen auch den **Bundesrat stärkt**.

Die FDP hatte während der letzten Jahre stets darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung den Bundestag in EU-Sachen häufig übergang - und die Regierungsfractionen sich allerdings auch **willfährig übergehen ließen**. Dennoch: Die EU-skeptischen Kläger sind **unterlegen** und das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon rückt näher. Gleichzeitig schließt das Urteil das Fernziel eines Bundesstaates keineswegs aus. Auch dies eine **Niederlage für die Kläger vom rechten und linken Rand** des politischen Spektrums. Für die MdBs bedeutet der Spruch des BVerfG viel Arbeit, denn wir wollen das neue Begleitgesetz am 8. September bei der letzten Sitzung vor der Wahl verabschieden. Das Karlsruher Urteil macht deutlich, wo im Staatenverbund EU gemäß Grundgesetz der **zentrale Ort politischer Legitimation** verortet ist, nämlich im **Bundestag**. Viel Arbeit also auch für die Volksvertreter der kommenden Legislatur - für hoffentlich **viele** liberale Köpfe!

www.liberalerlink.de



Patrick Meinhardt (42)
Geschäftsführer

Ausschuss für Bildung, Forschung,
Technikfolgenabschätzung

Fon: +49 (0) 30 22 77 42 87
Fax: +49 (0) 30 22 77 62 87
patrick.meinhardt@bundestag.de

Die **Bilanz** von vier Jahren **schwarz-roter Bildungspolitik** ist mehr als **ernüchternd**: Wichtige Projekte und neue Impulse für die Bildungslandschaft in Deutschland kamen entweder gar nicht zustande oder wurden von der Bundesregierung fast an die Wand gefahren.

Die **vergangenen vier Jahre wurden nicht genutzt**, um den Innovationsstandort Deutschland voranzubringen. Bestes Beispiel für die verfehlte Bildungspolitik der vergangenen Jahre ist der **gescheiterte Bildungsgipfel**, der keinerlei Ergebnisse gehabt hat und die **anstehenden Probleme nur** auf die Zeit nach der Bundestagswahl **vertagt** hat.

Der Hochschulpakt und die Fortführung der Exzellenzinitiative wären fast gescheitert, die **noch stärkere Benachteiligung von Schulen in Freier Trägerschaft** konnte nur im letzten Moment verhindert werden, der **Ausbildungsbonus funktioniert nicht**. Die beiden Minister, die für Ausbildung zuständig sind, tragen ihre **Kompetenzstreitigkeiten auf dem Rücken der Jugendlichen** aus, anstatt gemeinsam für mehr Ausbildung zu arbeiten.

Die schwarz-rote Bundesregierung hat ihr Klassenziel deutlich verfehlt. Deswegen müssen wir alle gemeinsam für einen Politikwechsel am 27. September arbeiten - unter unserem liberalen Motto **„Vorfahrt für Bildung!“**.

www.patrickmeinhardt.de



Florian Toncar (29)

Rechtsanwalt
Mitglied im Gremium zum
Finanzmarktstabilisierungsfonds
Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe
Petitionsausschuss

Fon: +49 (0) 30 22 77 42 26
Fax: +49 (0) 30 22 77 62 26
florian.toncar@bundestag.de

Am 03. Juli wurde das „Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD beschlossen. Es geht dabei um die Schaffung sogenannter Bad Banks. Das sind neu gegründete Gesellschaften oder Anstalten, an die Banken Risiken abtreten können, um ihre Bilanzen zu entlasten. Im Gegenzug erhalten sie sichere Wertpapiere, für die der Staat garantiert. Dadurch soll den Banken mehr Spielraum verschafft werden, um Kredite an mittelständische Unternehmen oder für größere Investitionsvorhaben zu vergeben. Es hat sehr lange gedauert, bis CDU/CSU und SPD dem Bundestag ein Konzept vorlegen konnten. Trotzdem wurde das Gesetz in großer Hektik durch den Bundestag gepeitscht und enthält folgenschwere handwerkliche Fehler.

Zum einen verlängert das Gesetz die Frist für die Durchführung von Stabilisierungsmaßnahmen und verfestigt damit das staatliche Engagement im Bankensektor. Es ist aber nicht auf Dauer die Aufgabe der Steuerzahler, Privatunternehmen zu helfen und für diese zu haften. Zum anderen hat es die Bundesregierung versäumt, mit diesem Gesetz Rechtssicherheit für die betroffenen Institute zu schaffen. Keine Bank kennt die genauen Bedingungen der Hilfen, so dass sie kaum genutzt werden dürften. Leidtragender wird der Mittelstand sein.

Auch im Falle der krisengeschüttelten Landesbanken ist die Bundesregierung zu kurz gesprungen. Ich hätte mir gewünscht, dass mit den Ländern und den Sparkassen eine tragfähige Lösung für den Landesbankensektor gefunden wird, denn die Landesbanken sind für viele Landeshaushalte längst zu unkalkulierbaren Risiken geworden.

www.toncar.de



Hartfrid Wolff (37)

Rechtsanwalt
Innenausschuss

Fon: +49 (0) 30 22 77 52 17
Fax: +49 (0) 30 22 77 62 17
hartfrid.wolff@bundestag.de

Kürzlich habe ich für die Fraktion in der Bundestagsdebatte über Managergehälter gesprochen. Bei Vergütungsstrukturen und der Kontrolle der Manager ist auf längerfristige Ziele zu setzen. Es ist der Öffentlichkeit nicht vermittelbar, dass Banken, die hohe Verluste gemacht haben und sich unter den Schutzschirm des Staates begeben, weiterhin hohe Boni an ihre Mitarbeiter zahlen. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Entscheidungsmöglichkeiten der Eigentümer, der Anteilseigner. Ihnen gehört die Gesellschaft, sie zahlen Vergütungen und Aufwendungen. Deshalb soll nach Auffassung der FDP die Hauptversammlung zukünftig die Vergütungsstruktur für die Unternehmensführung festsetzen können.

Der Aufsichtsrat ist der Anwalt der Eigentümer. Das Vertrauen in diese internen Kontrolleure muss wachsen. Die Unabhängigkeit und Professionalität der Aufsichtsräte ist entscheidend. Deshalb befürwortet die FDP eine klare Begrenzung der Anzahl der Aufsichtsratsmandate und – für kapitalmarktorientierte Unternehmen – auch eine Karenzzeit zwischen einer Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender und einer späteren Tätigkeit im Aufsichtsrat. Die Haftung der Vorstände von Kapitalgesellschaften ist in Deutschland bereits unmissverständlich geregelt und im internationalen Vergleich sehr weitgehend. Entscheidend ist, dass eventuelle Ansprüche auch tatsächlich geltend gemacht werden. Auch hierfür ist ein unabhängiger, professioneller Aufsichtsrat erforderlich.

www.hartfrid-wolff.de

Für ein Jahr in die USA - Internationales Austauschprogramm des Deutschen Bundestages

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein Austauschprogramm für Schüler, junge Berufstätige und Auszubildende zwischen dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag. Schüler müssen zum Zeitpunkt der Ausreise mindestens 15 und dürfen höchstens 17 Jahre, junge Berufstätige mindestens 16 und höchstens 24 Jahre alt sein.

Die deutschen und amerikanischen Teilnehmer verbringen jeweils ein Jahr im Gastland. Mitglieder des Deutschen Bundestages übernehmen in dieser Zeit die Patenschaft für die Jugendlichen. Bundesweit stehen voraussichtlich 360 Stipendien zur Verfügung.

Das Stipendium umfasst u.a. die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten, nicht aber das Taschengeld. Fahrtkosten zu den Auswahlgesprächen, die möglichst in Wohnortnähe stattfinden, werden nicht erstattet.

Deutsche Schüler/innen leben in den USA in Gastfamilien und besuchen für die Dauer eines Schuljahres eine amerikanische High School. Für junge Berufstätige sieht das Programm den Unterricht an einem Community College oder einer vergleichbaren Bildungsstätte und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb vor. Die Teilnehmer können auch selbst Praktikantenplätze in den USA vorschlagen.

Bewerbungsschluss ist der 5. September 2009.

www.bundestag.de/ppp



Birgit Homburger (44)
Diplom-
Verwaltungswissenschaftlerin

Landesvorsitzende der FDP
Stv. Fraktionsvorsitzende
Verteidigungsausschuss

Fon: +49 (0) 30 22 77 12 09
Fax: +49 (0) 30 22 77 67 82
birgit.homburger@bundestag.de

Der Sommer zeigt sich bisher von seiner kühlen Seite, aber das wird nicht so bleiben. Die nächsten Wochen werden heiß - nicht nur wegen vieler Sonnenstunden. Nachdem der Deutsche Bundestag zur letzten Sitzungswoche zusammenkam, geht es nun in die parlamentarische Sommerpause. Eine "Pause" wird es aber natürlich nicht geben, denn schon jetzt steht fest, dass es Sondersitzungen geben wird und auch der Bundestagswahlkampf steht vor der Tür. Die FDP wird mit viel Elan einen engagierten Wahlkampf führen. Gewonnen werden können Wahlen aber nur, wenn alle Mitglieder und Sympathisanten an einem Strang ziehen und eifrig für liberale Ideen und unser Programm werben. Werben Sie daher bei Interessierten, Familie, Arbeitskollegen, Freunden und Bekannten um Unterstützung für die FDP!

Ein wichtiger Punkt unseres Programms bleibt der Bürokratieabbau. Nach vier Jahren großer Koalition und dem Projekt Bürokratieabbau, das Bundeskanzlerin Merkel zu Beginn der Legislaturperiode noch zur "Chefsache" erklärt hat, scheuten Union und SPD sogar eine große ausführliche Bilanzdebatte. Das überrascht niemanden, sind die Ergebnisse doch mehr als dürrtig. Es wurden in den letzten Jahren viele Täuschungsmanöver gestartet und wolkige Reden geschwungen, einen wirklich spürbaren Abbau von Bürokratie gab es nicht. Dabei wäre das dringend notwendig, denn durch die Reduzierung bürokratischer Belastungen hätten die Unternehmen wieder Luft und finanzielle Mittel für Investitionen. Stattdessen gab es sogar einen Zuwachs an Bürokratie und dadurch bedingte Kosten. Am Ende der Legislaturperiode bleibt aus Sicht der FDP daher nur festzustellen, dass der von schwarz-rot groß angekündigte Bürokratieabbau gescheitert ist.

www.homburger.de



Dirk Niebel (46)
Arbeitsvermittler,
Diplomverwaltungswirt (FH)

Generalsekretär der FDP
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Fon: +49 (0) 30 22 77 34 09
Fax: +49 (0) 30 22 77 64 09
dirk.niebel@bundestag.de

Der 16. Deutsche Bundestag wird im September neben dem Begleitgesetz zum EU-Vertrag auch den Haushalt 2010 anberaten, der mit rund 90 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme die höchste Neuverschuldung sowie die größte Finanzlücke in der mittelfristigen Finanzplanung und das höchste Staatsdefizit vorsieht. Wieder einmal versagt die schwarz-rote Koalition bei den großen Herausforderungen. Der Staat ist weder der bessere Unternehmer noch der bessere Banker. Steuergelder werden in marode Unternehmen gesteckt und fehlen für Strukturreformen und bessere Bildung. Effizienzreserven werden nicht genutzt. Wir wollen eine andere Politik. Wir wollen eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand stärkt. Das ist eine sozial gerechte Politik.

Die FDP hat Anfang Juni bei der Europawahl und den Kommunalwahlen sehr gute Ergebnisse erzielt. Jetzt heißt es Durchstarten. Am 27.09.09 werden in Deutschland entscheidende Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Gibt es noch eine strukturelle Mehrheit für eine bürgerliche Regierung oder geht der Linksrutsch weiter? Wir werden mit unseren Inhalten werben und nicht den Erfolg darin suchen, dass wir unsere Gegner mit Schmutz bewerfen. Unsere Koalitionspartner sind die Bürgerinnen und Bürger, die etwas aus ihrem Leben machen wollen. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt, um neue Unterstützer, Wähler und Mitglieder zu werben. Bei uns kann jeder immer wieder über aktuelle Fragen in unserer MitMachArena unter www.mitmachen.fdp.de mitentscheiden.

www.dirk-niebel.de



Postadresse aller MdBs

Vorname Nachname MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Terminvorschau

30.07.-14.09.2009	Sommerferien	BW
27.09.2009	Bundestagswahlen	
13.10.2009	Redaktionsschluss EinBlick 04 09	
09.11.-13.11.2009	Sitzungswoche	Berlin
23.11.-27.11.2009	Sitzungswoche	Berlin
30.11.-04.12.2009	Sitzungswoche	Berlin
14.12.-18.12.2009	Sitzungswoche	Berlin
23.12.2009		
-10.01.2010	Weihnachtsferien	BW

Impressum



Ausgabe 3 | 2009
Herausgeber
FDP Landesgruppe Baden-Württemberg im
Deutschen Bundestag
c/o Harald Leibrecht MdB
Postfach 14 39
74304 Bietigheim-Bissingen
Fon: +49 (0) 7142 91 91 92
Fax: +49 (0) 7142 91 91 84
E-Mail: harald.leibrecht@wk.bundestag.de

Redaktion, Layout, Typographie, Gestaltung
Harald Leibrecht MdB V.i.S.d.P.

Photos / Karrikatur
www.bundestag.de, www.fdp-fraktion.de, www.photocase.de, Christian Thiel

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung der Landesgruppe, sondern nur die Meinung des Verfassers wieder.